

Landschaften statt Inseln in der Jugendarbeit

Die Frühjahrssynode diskutierte über die Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit. Gefordert wurde eine stärkere Zusammenarbeit der Arbeitsbereiche sowie mit Schulen: „Unsere Strukturen müssen beweglicher werden.“



Zwölf Tagesordnungspunkte in anderthalb Tagen – bei der Frühjahrstagung stand die Kinder- und Jugendarbeit im Vordergrund.

Unter der Überschrift „Landschaften statt Inseln“ diskutierten die Landessynodalen in neun Arbeitsgruppen darüber, wie sich die verschiedenen Bereiche der Kinder- und Jugendarbeit in der Landeskirche besser miteinander verknüpfen lassen. Grundlage der Diskussion waren die Ergebnisse der Studie „Jugend zählt“.

„Wir brauchen einen Mentalitätswechsel“, erklärte Tabea Dölker (Holzgerlingen). Die Bedürfnisse der Kinder- und Jugendlichen müssten im Mittelpunkt stehen. „Es soll nicht vereinheitlicht werden, aber unsere Strukturen müssen beweglicher werden.“

Kurt Schatz (Schwäbisch Hall) rief die Kirche auf, sich stärker an den Schulen zu engagieren.

Allerdings müssten die Rahmenbedingungen vor Ort beachtet werden. Schuldekane könnten hier eine wichtige Rolle spielen. Dr. Karl Hardecker (Stuttgart) wies auf die Bedeutung der Jugendarbeit für die Persönlichkeitsbildung

hin. „Schule darf nicht alles sein. Wir müssen in der Öffentlichkeit vermitteln, dass kirchliche Jugendarbeit einen Eigenwert hat.“

Maika Sachs (St. Johann) wies auf den wertvollen Beitrag der Ehrenamtlichen in der Jugendarbeit hin: „Ehrenamtliche sind keine Lückenfüller.“ Sie forderte, mehr über das Ehrenamt zu reden, um dessen Image zu stärken.

Ulrike Sämman (Plochingen) forderte, die Studie „Jugend zählt“ regelmäßig zu aktualisieren und in der Synode mehr über die Kinder- und Jugendarbeit zu sprechen. Es sei problematisch, dass die Landeskirche nicht genügend Instrumente zur Verfügung habe, die demografischen und innerkirchlichen Veränderungen wahrzunehmen und angemessen darauf zu reagieren. Deshalb sollte innerhalb des Ausschusses „Kirche, Gesellschaft, Öffentlichkeit“ eine Arbeitsgruppe für Demografie eingerichtet werden, so Sämman.

1/2015

Die Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit

Seite 1-3

„Kirche der Armen – fast ohne Arme?“

Seite 4

Die Hilfe für Japan kommt an

Seite 7

Jugendliche stärker in den Blick nehmen

Für Prof. Dr. Friedrich Schweitzer steht Gruppenerfahrung bei der evangelischen Jugendarbeit im Vordergrund. Vernetzung der Arbeitsbereiche sei angesichts des demografischen Wandels wichtig.

Ganztagsschule, Sport, Musik: Warum sollte evangelische Kinder- und Jugendarbeit trotzdem ihren Platz in diesem Stundenplan finden?

Prof. Dr. Friedrich Schweitzer: Jugendarbeit macht andere Erfahrungen möglich als andere Angebote vonseiten der Schule oder des Elternhauses. Sie ist ein Ort, an dem Jugendliche nach eigenen Vorstellungen und Ideen etwas erleben und dem Evangelium begegnen können. Gemeinschaft und Gruppenerfahrung, das zeichnet die Jugendarbeit aus.



Mittlerweile findet kirchliche Jugendarbeit auch an Schulen statt. Wie funktioniert das?

Schweitzer: Die Schulen dehnen sich ja zeitlich mit Ganztagesangeboten aus. Es ist nicht sinnvoll, dieses Mehr an Zeit nur mit Unterricht zu füllen. Die Schule muss anderes anbieten und ist auf außerschulische Partner angewiesen. Dieser Bereich wächst enorm. Die Bandbreite der kirchlichen Angebote ist sehr groß. Es gibt Jungschargruppen, die innerhalb der Schule stattfinden, offene Jugendarbeit oder Bibelkreise. Dazu erlebnispädagogische Angebote wie Kajakfahren. *Nach der Konfirmation bricht für viele Jugendliche der Kontakt zur Kirche ab. Wie kann man sie besser erreichen?*

Schweitzer: Es ist wichtig, diese Altersgruppe stärker in den Blick zu nehmen. Wir haben bei Befragungen für eine Konfirmandenstudie herausgefunden, dass mehr als ein Viertel der Konfirmanden gerne bei einer kirchlichen Jugendgruppe mitmachen würde. Das sind mehr, als es Angebote gibt. In diesem Bereich müsste sich also etwas tun. Eine Möglichkeit ist auch, Jugendliche als ehrenamtliche Mitarbeiter in der Konfirmandenarbeit einzusetzen. Eine Zahl dazu: Es gibt bundesweit 62.000 Ehrenamtliche in diesem Bereich, viele davon sind Jugendliche.

Sie regen eine verstärkte Vernetzung der verschiedenen Bereiche der Kinder- und Jugendarbeit an. Wie stellen Sie sich das konkret vor?

Schweitzer: Dazu gibt es viele Möglichkeiten: Jugendarbeit und Konfirmandenarbeit könnten enger zusammenarbeiten. Dazu gibt es auch schon Ansätze, die weiter ausgebaut werden sollten. Konfi 3 etwa könnte stark von Jugendmitarbeitern profitieren. Auch die Kinderchöre könnten noch enger mit der Kinderkirche kooperieren. Man könnte sich wechselseitig stützen und stärken. Je weniger evangelische Kinder und Jugendliche es gibt, desto wichtiger wird das.

Nicht nach dem Nutzen bewerten

Prof. Dr. Friedrich Schweitzer fordert mehr Anerkennung der kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit durch die Politik.

Die Studie „Jugend zählt“ war Grundlage der Diskussionen der Frühjahrssynode über die Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit. Sie zeige, dass die Grenzen zwischen den Arbeitsbereichen zunehmend verschwimmen, erklärte Prof. Dr. Friedrich Schweitzer, Professor für Praktische Theologie mit Schwerpunkt Religionspädagogik an der Universität Tübingen. Er hatte mit seinem Team die in der Studie veröffentlichten Statistiken erhoben.

Schweitzer hob den Bedeutungsgewinn der schulbezogenen Kinder- und Jugendsozialarbeit hervor. Sie sollte als eigenes Handlungsfeld weiterentwickelt werden. Kritisch sieht er die Entwicklung, außerschulische Angebote für Kinder und Jugendliche zunehmend nach ihrem „Nutzwert“ zu sehen: „Wir brauchen klarere Antworten auf die Frage, wozu evangelische Jugendarbeit gut ist

und warum gerade ‚unverzweckte‘ Lebensräume für junge Menschen wichtig sind.“

Die Gruppenarbeit stelle nach wie vor den Kern der Jugendarbeit dar. In Württemberg nehme jeder fünfte Evangelische im Alter zwischen sechs und 20 Jahren an einer regelmäßigen Gruppe, beispielsweise einer Jungschar, teil. Dies freilich würdige die Bildungspolitik nicht angemessen, erklärte Friedrich Schweitzer. Dabei habe für viele Leitungspersonen in Kirche, Politik und Gesellschaft die Jugendarbeit den Einstieg in ihr Engagement bedeutet.

Weitere Herausforderungen für die Kinder- und Jugendarbeit sieht Schweitzer in der nachhaltigen Bindung von älteren Jugendlichen, im demografischen Wandel sowie im Umgang mit der zunehmenden gesellschaftlichen und religiösen Vielfalt.

Kooperation und Wertschätzung

Demografischer Wandel, Ganztagschule, neue Kommunikationsgewohnheiten: Mitarbeiter der Kinder- und Jugendarbeit berichteten, wie sie diesen Herausforderungen begegnen.

Kinder- und Jugendarbeit

Auf die Bedeutung der schulbezogenen Jugendarbeit wies der Leiter des Evangelischen Jugendwerks, Pfarrer Gottfried Heinzmann, hin. „Wenn wir wollen, dass Kinder und Jugendliche die beste Nachricht der Welt hören, müssen wir dorthin, wo sie sich aufhalten.“ Die Arbeit an Schulen stelle die Jugendarbeit vor Herausforderungen. Die Mitarbeiter verkündigten das Evangelium im quasi öffentlichen Raum einer Schule. Hier sei Respekt und Wertschätzung auch für Kinder und Jugendliche anderer Religionszugehörigkeit gefragt. Auf Ebene der Gemeinden und Bezirke forderte Heinzmann mehr Kooperation und Wertschätzung zwischen den verschiedenen Trägern der Jugendarbeit.

Musikalische Arbeit

„Musikarbeit mit Kindern und Jugendlichen wirkt sich stark auf den Gemeindeaufbau aus“, betonte Landeskirchenmusikdirektor Bernhard Reich. Er wies auf die verstärkte Zusammenarbeit von Kirchenmusikern mit evangelischen Kindertagesstätten hin, um das Singen im Kindergarten zu fördern. Ein Ausbau der pädagogischen und didaktischen Kompetenz sei erforderlich. Generell falle auf, dass der Anteil der Kinder unter sechs Jahren in den Chören steige, während die Zahl der 13- bis 16-Jährigen sinke.

Kindergottesdienst

In 90 Prozent aller württembergischen Kirchengemeinden gibt es Kindergottesdienste. Allerdings nimmt die Zahl der gefeierten Gottesdienste und der teilnehmenden Kinder ab. Laut Frank Widmann, Landespfarrer für Kindergottesdienst, reagierten die Gemeinden mit neuen Kindergottesdienst-Modellen mit spielerischen Elementen. Die Zahl der Mitarbeitenden im Kindergottesdienst sei

seit Jahren stabil und ermögliche es, intensive Beziehungen zu den Kindern aufzubauen.

Konfirmandenarbeit

Dr. Thomas Ebinger, Dozent für Konfirmandenarbeit am Pädagogisch-Theologischen Zentrum in Stuttgart, berichtete, dass sich die Konfirmandenarbeit immer stärker um eine „Alphabetisierung in Glaubensfragen“ kümmern müsste. Grundformen christlichen Lebens könnten bei Jugendlichen nicht mehr vorausgesetzt werden. Er sieht in Konfi 3 ein Angebot, den Einbrüchen bei der religiösen Sozialisation zu begegnen.

Ilg, Wolfgang; Heinzmann, Gottfried; Cares Mike: Jugend zählt. Stuttgart: buch + musik, ejw-service gmbh 2014
www.statistik-ev-bw.de



Synodalpräsidentin

Inge Schneider dankte Dr. h. c. Frank Otfried July für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen zehn Jahren. July war am 11. März 2005 im ersten Wahlgang von der Landessynode zum Landesbischof gewählt worden.

Flüchtlingsarbeit der Landeskirche

Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg, berichtete über den aktuellen Stand der landeskirchlichen Flüchtlingsarbeit. Zwar sei die Zahl der Asylbewerber im siebten Jahr in Folge gestiegen, liege aber immer noch weit unter der der 90er Jahre. Kaufmann lobte einen deutlichen Anstieg bei den Neugründungen von Asylarbeits- und Freundeskreisen. Diese geschähen vor allem im direkten Umfeld neu entstehender Flüchtlingsunterkünfte. In den einzelnen Arbeitskreisen engagierten sich Menschen aus allen gesellschaftlichen Kreisen. Um diese ehrenamtliche Arbeit vor Ort auch in Zukunft zu gewährleisten, brauche es eine intensive Betreuung und eine Kultur der Anerkennung, so Kaufmann. Den Ehrenamtlichen zur Seite stehen neben den Flüchtlingspfarrämtern in Stuttgart und Reutlingen und den im vergangenen Jahr neu geschaffenen Flüchtlingsdiakonaten in Heilbronn und Ulm auch zwölf weitere neu geschaffene 50%-Stellen im Bereich der Kirchenbezirksdiakonie sowie Bezirksbeauftragte.

Die Landeskirche hat in den vergangenen beiden Jahren insgesamt 3,55 Millionen Euro zusätzlich für Flüchtlinge zur Verfügung gestellt, jeweils zur Hälfte für die Hilfe in den Herkunftsregionen und in Württemberg. Derzeit erreichen die Landeskirche sehr viele Anfragen zur Finanzierung von Kleinprojekten und Aktionen von Kirchengemeinden. Mit 350.000 Euro sei der im Diakonischen Werk dafür zur Verfügung stehende Fonds jedoch begrenzt, so Kaufmann. Diese Mittel sollten in Zukunft weiter ausgebaut werden. Weitere Ziele für die Arbeit mit Flüchtlingen sei ein Ausbau der Versorgung von Traumatisierten sowie eine Aufstockung der Kirchenbezirksstellen. Für das herausragende Engagement für die Flüchtlingsarbeit dankte Kaufmann allen Ehren- und Hauptamtlichen sowie der Synode herzlich.

„Kirche der Armen – fast ohne Arme?“

Die Mitglieder der evangelischen Landeskirchen in Württemberg und Baden gehören zu mehr als 70 Prozent den traditionell oder bürgerlich orientierten Milieus der Ober- und Mittelschicht an. In den postmodern-experimentell orientierten oder prekären Milieus sind die Kirchen dagegen weniger verankert.

Die Sinus-Milieustudie „Evangelisch in Baden und Württemberg“ war von beiden Landeskirchen in Auftrag gegeben worden. Professor Heinzpeter Hempelmann hat sie im Auftrag der württembergischen Landeskirche wissenschaftlich begleitet. In den drei Oberschicht-Milieus entspricht der Anteil der Evangelischen dem Bevölkerungsdurchschnitt, die Landeskirche sei hier „also gar nicht so schlecht aufgestellt“, sagte Hempelmann. Nachholbedarf sah er dagegen in den postmodern-experimentell orientierten Milieus der Unter- und Mittelschicht, also in „Bereichen, in denen heute gesellschaftlich die Musik spielt“. Dass dem sogenannten prekären Milieu zwar acht Prozent der Gesamtbevölkerung, aber nur ein Prozent der Evangelischen angehören, brachte ihn auf die Frage: „Die Kirche der Armen – fast ohne Arme?“

Etwa die Hälfte der Kirchenmitglieder habe grundsätzlich eine positive Beziehung zu Glaube, Gemeinde, Gott oder Religion, führte Hempelmann weiter aus. Die andere Hälfte stünde diesen Themen aus sehr verschiedenen Gründen kritisch gegenüber. Fehlende inhaltliche Passung, mangelnde Relevanz oder „enttäuschte Liebe“ seien die drei Hauptgründe dafür, erklärte Hempelmann. Er nannte es alarmierend, dass rund ein Fünftel der Kirchenmitglieder keine substantiellen Gründe dafür angeben könnten, warum sie noch in der Kirche sind. Den Betroffenen müsse man ganz unterschiedlich begegnen, dafür liefere die Sinus-Studie „fantastisches Material“.

Zwar hätten 39 Prozent der Befragten „am Sonntagvormittag Besseres zu tun als in den Gottesdienst zu gehen“, doch besuchten 44 Prozent nach eigener Einschätzung regelmäßig den Gottesdienst. Hempelmann sah eine besondere

Bedeutung von Gottesdiensten zu Kasualien und kirchlichen Hochfesten.

Drei Viertel der Evangelischen wollen der Studie zufolge „nie“ und weitere 16 Prozent „wahrscheinlich nicht“ aus ihrer Kirche austreten. Nur zwei Prozent seien dagegen zum Austritt entschlossen.

Franziska Stocker-Schwarz beantragte als Vorsitzende des Ausschusses für Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit, die Studienergebnisse als Bericht der Synode sowie weiteren mit der Thematik befassten Personen und Institutionen bereitzustellen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.



Rund die Hälfte der Mitglieder hat eine positive Beziehung zu Glaube, Gemeinde, Gott oder Religion, sagt Heinzpeter Hempelmann.

„Das sind Werte, die noch nicht einmal von der katholischen Kirche erreicht wurden“, freute sich Hempelmann.

Oberkirchenrat Ulrich Heckel hatte zuvor auf die Chancen für Landeskirche, Bezirke und Gemeinden verwiesen, die mithilfe der Studienergebnisse besser auf religiöse Veränderungen innerhalb der Gesellschaft reagieren und Zugang zu bestimmten Milieus gewinnen könnten. Die Mikrogeodaten seien zugänglich gegen eine Kostenbeteiligung von 60 Euro für Gemeinden oder 250 Euro für Bezirke. Die vollständigen Studienergebnisse sollen nach Heckels Angaben in einem voraussichtlich 450-seitigen Handbuch im Juli veröffentlicht werden.

Johannes Eißler (Eningen) mahnte: „Wir Pfarrer haben ja schon genug zu tun mit den Menschen, die freiwillig zu uns kommen. Aber damit dürfen wir uns nicht zufriedengeben. Wir wollen auch Ausgetretene wieder zurückgewinnen.“ Willi Beck (Sulzbach) fand „den Weg fantastisch, die soziokulturellen Bedingungen ernst zu nehmen und für den Gemeindeaufbau vor Ort nutzbar zu machen.“ Hellger Koepff (Biberach) zeigte sich dagegen überzeugt: „Die Sinus-Milieustudie kann der Kirche nicht sagen, was sie zu verkündigen hat.“ Den Umfang der Veröffentlichung problematisierte Hans Leitlein (Obersulm): „450 Seiten – wer von Ihnen liest das innerhalb der nächsten zwei Jahre?“

Besuch beim LWB in Straßburg

Ihre Klausurtagung im Februar verbrachten die Mitglieder des Ausschusses für Mission, Ökumene und Entwicklung mit Kirchenrat Klaus Rieth und Dekan Wilfried Braun – im Präsidium Ansprechpartner für den MOE-Ausschuss – im Ökumenischen Institut des Lutherischen Weltbundes (LWB) in Straßburg. Dieses vom Lutherischen Weltbund getragene Institut entstand 1965 und entwickelte für die Ökumene Zugänge wie die „Einheit in versöhnter Verschiedenheit“. Das Institut sei ein Ort der Kommunikation, an dem sich Menschen verschiedener Konfessionen treffen und austauschen können, so Dr. Viola Schrenk (Lorch-Waldhausen) in ihrem Bericht. In der Vergangenheit sei dies zum Beispiel bei der Annäherung an die Mennoniten geschehen. In Vorbereitung sei derzeit der Dialog mit den Pfingstkirchen.

„Der wichtigste Dialog und größte Arbeitsbereich war und blieb über die Jahrzehnte der Dialog mit der katholischen Kirche, aber auch der Dialog mit den orthodoxen Kirchen“, so Schrenk weiter. Sie erinnerte daran, dass von evangelischer Seite oftmals nicht im Blick sei, dass der „von uns überaus positiv belegte Begriff der Reformation von katholischer Seite negativ konnotiert und abgewehrt“ werde.

Der Besuch endete mit einem Besuch im Europaparlament. Es ergab sich dort für die Delegation eine interessante Beobachtung aus der Betrachtung der Europaflagge mit unmittelbarem Bezug zum biblischen Buch der Offenbarung 12,1: Eine Frau erscheint am Himmel mit einer Krone von zwölf Sternen auf dem Kopf. Mit diesem Bezug sei einst die Einheit der EU im christlichen Kontext ausgedrückt worden. Zunehmend gäbe es aber Überlegungen, so Schrenk, die Fahne zu ändern, da die Symbolik in der heutigen Zeit zu ausschließlich christlich scheine.



Abstimmungsbedarf gibt es immer.

Präsidentin Inge Schneider im Gespräch mit ihren Stellvertretern Wilfried Braun und Werner Stepanek.

Kurse zum Glauben

Jede zehnte Gemeinde der Landeskirche lädt zu Glaubenskursen ein – Kirchendistanzierte werden bislang wenig erreicht.

Oberkirchenrat Prof. Dr. Ulrich Heckel stellte dar, dass die bundesweite Kampagne „Erwachsen Glauben“ für die Landeskirche eine Chance war, der Arbeit mit Glaubenskursen neue Impulse zu geben. Zu diesem Zweck wurde eine Lenkungsgruppe eingesetzt, die die Kurse begleiten soll. Mit der Leitung wurden das Amt für Missionarische Dienste und die Evangelische Erwachsenenbildung beauftragt.

Prof. Dr. Friedrich Schweitzer und Lena Wolking von der Universität Tübingen führten an ihrem Institut eine Studie zur Durchführung von Glaubenskursen durch. Die Erfahrungen mit den Kursen seien insgesamt positiv, so Schweitzer. Viele Befragte zeigten sich motiviert, auch in Zukunft Kurse anzubieten. Kurse zum Glauben und zur religiösen und theologischen Erwachsenenbildung würden in rund zehn Prozent der Gemeinden der Landeskirche angeboten. Erreicht würden der Befragung zufolge vor allem Ehrenamtliche und regelmäßige Gottesdienstbesucher, nicht hingegen Kirchendistanzierte sowie Konfessionslose. „In der Durchführung sind die Kurse fast durchweg

stark sprachorientiert. Dadurch entsteht ungewollt eine Milieubindung und Milieueinschränkung“, so Schweitzer.

In der Aussprache wies Hans Leitlein (Obersulm) auf den großen Erfolg des Glaubenskurses „Stufen des Lebens“ in seinem Kirchenbezirk hin. Waltraud Bretzger (Heidenheim) betonte die Wichtigkeit von Apps und E-Learning für alle Milieus. Johannes Eißler (Reutlingen), der beim Online-Kurs „SPUR8“ mitarbeitet, berichtete von der positiven Resonanz auf dieses Angebot. Hans Veit (Knittlingen) sagte, dass es oft die engagierten Konfi-3-Gemeinden seien, die auch noch Glaubenskurse anböten. Dr. Willi Beck (Sulzbach/Murr) forderte eine konsequente Gehstruktur: „Wir müssen mit Kirchenfernen Glaubenskurse besuchen.“

Heckel und Schweitzer freuten sich über das positive Echo aus der Synode, wünschten sich aber noch mehr Engagement in den 90 Prozent der Gemeinden, die bisher noch keine Glaubenskurse anbieten: „Man muss etwas tun! Wir müssen als Kirche Möglichkeiten finden, wie man noch mehr wuchern kann!“, so Schweitzer.



Konzentriert verfolgt Michael Fritz,
Vorsitzender des Finanzausschusses, die Debatte um den Nachtragshaushalt.

Nachtrag 2015 verabschiedet

Landessynode genehmigt einstimmig Mehrausgaben in Höhe von rund einer Million Euro.

Steigende Umbau- und Modernisierungskosten für das Mütterkurheim in Bad Wurzach sowie Schwankungen bei der Teilung der Versorgungslasten für Pfarrer, die in den Landesdienst wechseln, hätten den Nachtragshaushalt nötig gemacht, betonte Finanzdezernent Oberkirchenrat Dr. Martin Kastrup. Die Kosten für das Mütterkurheim hätten sich verteuert, weil der Bund seine Bedingungen für die Mitfinanzierung präzisiert habe und höhere Anstrengungen bei der Generalsanierung der sanitären Anlagen und der Wärmedämmung fordere. Die Mehrinvestitionen würden sich auf 664.400,00 Euro belaufen. Der Gesamtbeitrag der Landeskirche für Bad Wurzach steige damit auf 2.315.900,00 Euro. Bei Theologen, die in den Landesdienst wechseln, müsse die Landeskirche aufgelaufene Pensionslasten erstatten. Im Laufe des vergangenen Jahres seien mehr Theologen in den Landesdienst gewechselt als im Haushalt 2015

vorgesehen. Das führe zu Mehrkosten in Höhe von 330.863,17 Euro.

Der Finanzausschuss empfehle einstimmig die Zustimmung, erklärte dessen Vorsitzender Michael Fritz. Eine Nichtgenehmigung der Mehrkosten für das Mütterkurheim in Bad Wurzach würde das Bauvorhaben weiter verzögern und wäre problematisch. Beim Mehrbedarf für die Pfarrer, die 2014 in den Landesdienst wechselten, handele es sich um eine „rechtlich zwingende Zahlung“, die vertraglich vereinbart sei.

Diskussionen gab es über die Frage, wie stark die Landeskirche die Beträge für die Kirchengemeinden erhöht. Bisher bekommen die Kirchengemeinden aufgrund der höheren Kirchensteuereinnahmen rund 20 Millionen Euro mehr. Ein Antrag des Gesprächskreises „Offene Kirche“, weitere 30 Millionen Euro in die Gemeinden zu geben, wurde zur Beratung in den Finanzausschuss verwiesen.

Innovationsfonds bekannter machen

Es sei „der schönste aller Synodal-Ausschüsse“, man lerne interessante Projekte kennen, entdecke den Reichtum an Ideen und Innovationen in der Kirche und könne noch Geld verteilen. Das sagte der Vorsitzende des Verteilungsausschusses für den Fonds „Einladung zu Kirche und Glaube – Innovationsfonds“, Hans Veit. Allerdings müsse man am Bekanntheitsgrad dieses Fonds noch arbeiten. Denn er sei bisher vor allem den Bezirksjugendwerken, freien Werken und Einrichtungen bekannt, weniger den Gemeinden. Gefördert würden Initiativen von Kirchengemeinden, -bezirken und Werken, die die Themen „Was wir glauben“ oder „Evangelisch aus gutem Grund“ aufnehmen und auf neue, ungewohnte Weise vom Glauben reden. Die Projekte „Neu anfangen“ und bezirksweite Angebote „Kurse zum Glauben“ würden grundsätzlich genehmigt und erhielten einen festgesetzten Zuschuss.

Dem Fonds seien in den vergangenen beiden Jahren jeweils 37.000 Euro zugeführt worden. Der Fondsbestand liege bei 210.000 Euro. Pro Projekt könnten bis zu einem Drittel der förderungsfähigen Mittel genehmigt werden, maximal 10.000 Euro.

Nach den Worten Veits variiert die Anzahl der Anträge. Im Jahr 2013 hätten 18 Antragsteller einen Zuschuss erhalten, 2014 seien es acht gewesen. Die einzelnen Projekte hätten zwischen 500 und 10.000 Euro bekommen. 2013 seien so insgesamt 52.560 Euro ausgegeben worden, 23.400 Euro im Jahr 2014. Der Ausschuss habe Kunstobjekte, musikalische und diakonische Projekte gefördert, erklärte Hans Veit. Um deren Vielfalt zu verdeutlichen, nannte er unter anderem den Sinnenpark „Menschen begegnen Jesus“, das Projekt QR-Codes und „Mobile Landingpages“ einer Kirchengemeinde, ein Theaterstück zur Reformation und das Projekt „Dorf musical“.

Hilfe für Japan kommt an

Eine Million Euro stellte die Landessynode im Jahr 2011 nach der Dreifach-Katastrophe in Japan zur Verfügung. Unmittelbar nach deren viertem Jahrestag zog die Synode Bilanz über ihre Hilfsmaßnahmen.

Masami Kato, Leiterin der Abteilung für Katastrophenhilfe vom YWCA Japan (Young Women's Christian Association), berichtete der Synode, dass die radioaktive Verseuchung in der Umgebung von Fukushima immer noch hoch und die Gegend nicht sicher sei. Bei dort lebenden Kindern zeigten sich bereits Schilddrüsenveränderungen. „Der YWCA hat für Familien von Fukushima unter anderem ein Kinder-Ferienprogramm in unbelasteten Gegenden gestartet“, so Kato. „Die von der württembergischen Landeskirche erhaltene Spende wird für die Deckung eines großen Teils dieser Ausgaben verwendet. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken.“

Die Landessynode hatte nur wenige Tage nach der Erdbeben-, Flut- und Atom-Katastrophe

am 11. März 2011 einen Hilfsfonds mit einer Million Euro eingerichtet sowie eine Pfarrerin nach Japan entsandt, um Gemeinden vor Ort zu unterstützen. Mit dem Geld konnte Projekten der japanischen Kirchen finanziell unter die Arme gegriffen werden. So wurden beispielsweise 110.000 Euro für Seelsorge in Notunterkünften und Neubaugebieten zur Verfügung gestellt. Projekte der größten evangelischen Kirche in Japan, der „United Church of Christ/Kyodan“ werden vom landeskirchlichen Hilfsfonds am stärksten gefördert. Sie ist ebenfalls, wie die Evangelische Landeskirche in Württemberg, Mitglied in der EMS. Des Weiteren beteiligt sich die Landeskirche mit 15.000 Euro an der Finanzierung einer internationalen Konferenz zur

Nuklearenergie. Diese Konferenz soll 2016 in Japan stattfinden und sich mit dem Thema „Gegen den Glauben sicherer Nuklearenergie“ auseinandersetzen. So wurden Schulen mit Geigerzählern ausgestattet oder Schilddrüsenkrebs-Vorsorgeuntersuchungen finanziert.

Einem gesprächskreisübergreifenden Antrag zufolge soll für die Evangelische Landeskirche in Württemberg eine Stellungnahme zur Nutzung der Atomenergie erarbeitet werden. Ziel ist, sich dem „Aufruf zum Handeln“ der internationalen Kirchenkonferenz von Sendai vom März 2014 anzuschließen. Dieser fordert, erneuerbare Energien zu fördern, den Energieverbrauch zu senken und die Energieeffizienz auch durch eine einfachere eigene Lebensweise zu verbessern.

„Das Geld kommt an“

Klaus Rieth spricht von positiven Rückmeldungen aus Japan

Klaus Rieth, Referatsleiter für Mission, Ökumene und Entwicklung im Evangelischen Oberkirchenrat, wofür sind die Gelder eingesetzt worden?

Klaus Rieth: Wir konnten in den letzten vier Jahren viele unterschiedliche Projekte und Hilfen fördern. Neben der Trauma-Behandlung von Betroffenen haben wir z. B. Geigerzähler gekauft oder Kindergärten unterstützt. Außerdem konnten mit dem Geld Schulungen zum Thema „Was kann ich noch essen?“ durchgeführt werden. *Warum wurde so viel Geld für ein doch sonst finanziell starkes Land zur Verfügung gestellt?*

Rieth: Als man die Gelder beschlossen hatte, war die Katastrophe in Japan gerade einige Tage her. Damals hat sich die Landessynode dafür ausgesprochen, dass sie ihre Brüdern und Schwestern in Japan unterstützen will, auch wenn es nur wenige Christen in Japan gibt. Da hat es keine Rolle gespielt, ob Japan reich oder arm ist. Wir haben gesehen, dass das Geld dringend benötigt wurde.

Welche Rückmeldungen bekommen sie?

Rieth: Wir bekommen sehr positive Rückmeldungen unserer Partner in Japan. Das Geld ist aus unserer Sicht richtig angelegt worden.



Wir haben uns sehr viel Zeit genommen, um gute und nachhaltige Projekte zu identifizieren und dann auch zu fördern.

Wird es denn weitere Hilfen für Japan geben?

Rieth: Die vor vier Jahren zur Verfügung gestellte Million ist jetzt erstmal vollständig in Verwendung. Bis das Geld verbraucht ist, dauert es aber noch. Ich denke nicht, dass in nächster Zeit noch mehr Geld dafür zur Verfügung gestellt wird.

Gegen IS und Antisemitismus

Landesbischof ruft zur Fürbitte auf

Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July rief angesichts der weiterhin katastrophalen Verfolgungssituation zur Fürbitte für die Mitchristen in Syrien, Irak und Nigeria auf: „Gerade in dieser Passionszeit: Beten Sie für die, deren Leiden weitergeht, auch wenn die Berichterstattung zurückgeht.

Wir können und dürfen nicht vergessen: Die Mörderbanden des IS dürfen nicht das letzte Wort – und das letzte Bild – haben.“ Auch habe er gegenüber Landesrabbiner Netanel Wurmser erneut bekräftigt, dass die Landeskirche klar und entschieden gegen Antisemitismus einstehe.

Für eine starke Stimme in Europa

Beate Keller und Werner Stepanek informierten über eine Tagung der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE).

Der Protestantismus solle ein gemeinsames, europäisches Denken entwickeln, um seine Anliegen besser vertreten zu können. Das war das Ziel der zweiten Begegnungstagung der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) für evangelische Synodale, die Anfang des Jahres in Budapest stattfand. „Höchste Zeit, dass dieser Prozess beschleunigt wird“, forderte der stellvertretende Synodalpräsident Werner Stepanek (Göppingen), der dort zusammen mit Beate Keller (Süßen) die Landessynode vertrat.

„Die Landeskirche kann eine starke Stimme in den Reihen der GEKE-Kirchen sein“, betonte er. Dies sei als Überzeugung und Bitte mehrfach

vorgetragen worden. Stepanek wies darauf hin, dass evangelische Christen in Europa meist in der Diaspora lebten. Kirchen, die im eigenen Land kaum Gehör fänden, bräuchten Partner, mit denen sie sich austauschen könnten. Immer wichtiger werde auch ein gemeinsames Auftreten gegenüber den politischen Institutionen.

Stepanek und Keller betonten, dass die Landeskirche mit der ersten Tagung europäischer Synodaler vor drei Jahren in Bad Boll den Impuls dafür gegeben habe, Laien stärker für das Anliegen einer europäischen evangelischen Kirchengemeinschaft zu interessieren. Nächste Ziele seien eine Folgetagung in der Schweiz und ein internationaler evangelischer Kirchentag.

Ausführliche Berichte über die Landessynode finden Sie unter <http://www.elk-wue.de/landeskirche/landessynode/fruehjahrstagung-2015/>

Kurz berichtet

„Armut und Reichtum wird auch künftig ein zentrales Thema in der Diakonie sein müssen“, sagte der Geschäftsführer des Diakonischen Werks Württemberg, Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, in Beantwortung einer förmlichen Anfrage. Die Diakonie habe – seit sich die Synode 2010 mit dem Thema befasste – vieles initiiert und koordiniert. Etliche Dienststellen, Einrichtungen und Werke hätten sich damit beschäftigt. Ebenso viele Kirchengemeinden. Sie hätten auch die Preisgestaltung bei Angeboten, Gemeindefesten und Veranstaltungen reflektiert. Zudem gebe es Mittagstische, Vesperkirchen, Diakonie- und Tafelläden. Die Gemeinden bemühten sich, keine stigmatisierenden Angebote zu entwickeln. Dennoch sei festzustellen, dass sie in gewisser Weise mittelschichtorientiert seien und es einen Prozess der Bewusstseinsbildung brauche. Dass die Landeskirche sich für Langzeitarbeitslose einsetze, werde wahrgenommen. Ebenso, dass zu ihrem Inklusionsverständnis auch Arme, Alte, Arbeitslose, psychisch Kranke und andere von Ausgrenzung Betroffene gehörten.

Impressum

Herausgeber: Evangelisches Medienhaus GmbH

Redaktion: Oliver Hoesch (verantwortlich), Stephan Braun, Ute Dilg, Sabine Löw, Florian Rimmele, Jens Schmitt, Peter Steinle | Fotos: Gottfried Stoppel

Layout, Herstellung: Evangelisches Medienhaus GmbH, Augustenstraße 124, 70197 Stuttgart

„beraten & beschlossen“ wird nach Tagungen der Landessynode erstellt. Es ist kostenlos zu beziehen bei: Evangelisches Medienhaus GmbH

Augustenstraße 124 | 70197 Stuttgart
Fon 0711 22276-58 | Fax 0711 22276-81
kontakt@elk-wue.de | www.elk-wue.de



**EVANGELISCHE LANDESKIRCHE
IN WÜRTTEMBERG**